

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgehalte 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelstr. 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitag morgen 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 35

Duisburg, den 29. August 1925

26. Jahrgang

Nach der ersten Generalversammlung Vorwärts zu neuer Tat!

Die erste Generalversammlung unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes in Denabrid ist beendet. Tage voll erfruchteter Arbeit, Tage heißen Ringens um den Aufstieg des Verbandes waren es. Mit heiliger Hingabe waren sich die Delegierten ihrer Aufgabe bewußt, als Vertreter der gesamten Mitgliedschaft zu wirken und über den Kreis der einzelnen Verwaltungsstelle hinauszuwirken in die Weite der allgemeinen Verbandsinteressen.

Die Behandlung der Beitrags- und Unterstützungsfragen trat zurück gegenüber den sozialpolitischen, arbeitsrechtlichen und allgemeinen Fragen, ein Zeichen, daß der Sinn und die geistige Schulung der Mitgliedschaft sehr gewachsen ist.

Unsere verfloßene Generalversammlung hatte sich ihre Ziele nach drei Fronten gesteckt:

Abwehr sozialreaktionärer Anschläge und unsere Forderungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts;

Die Frage der Nationalisierung und ihre Beziehungen zu Mensch und Wirtschaft;

Die geistige Durchbildung des Verbandes und die materielle Unterstützung dieser Notwendigkeit.

Es war ein Erlebnis, als unser ergrauter Zentralvorsitzender, Kollege Franz Wieber, aus der Tiefe seiner Erfahrungen und seines gewerkschaftlichen Wollens vor allem am Begrüßungsabend und in seinem Geschäftsbericht ein wahres christlich-gewerkschaftliches Bekenntnis aufstellte. Die Glut seiner Worte, die Erfahrung des Alters und das Wollen nach echter Gemeinsamkeit im Volkstreiben vereinigten sich zu einer gewaltigen Apotheose christlichen Gewerkschaftsgedankens. Von tiefem Ernste waren seine Worte, die er bei der Eröffnung des Geschäftsberichtes sprach über die Lage der Wirtschaft. Sie ist nicht glänzend, und solange das Schwert der Reparationen über uns hängt, wird es auch wohl schwerlich anders werden. Aber dieser gegenwärtigen Not in der Wirtschaft, die wir anerkennen müssen, ging Kollege Wieber scharf auf den Grund und forschte nach den Ursachen, die er vielfach in der Ueberorganisation und in der unproduktiven Ausgestaltung der Betriebe fand. Scharf wandte sich Kollege Wieber dagegen, daß auf Grund machen. Durch Bekämpfung der Organisation in Wort und Schrift, durch Bekämpfung der Arbeiterrechte will man sein Ziel erreichen. Kollege Wieber aber sprach es scharf aus, daß die Arbeiterchaft sich mit allen berechtigten Mitteln dagegen wenden müsse, wenn man sie zum Helotentum der Vorkriegszeit herunterdrücken wolle.

Die Entwicklung der Wirtschaft hat auch in anderer Sache dem Kollegen Wieber recht gegeben. Kollege Wieber vertrat stets den Standpunkt, daß das internationale Bankkapital für die Wirtschaft und auch für die Arbeiterchaft viel gefährlicher sei, als das nationale Produktionskapital. Genau den umgekehrten Standpunkt nehmen in praxi die Sozialisten ein. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns betonte in seiner Begrüßungsrede, daß die Art, wie das Bankkapital heute vorgehe, nicht nur für die produktive Wirtschaft unerträglich, sondern auch unsozial und allgemein-politisch unhaltbar sei.

Die Ausführungen unseres Kollegen Wieber wurden tiefgehend und umfassend erweitert durch hochstehende Spezialreferate zu den wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen durch den 2. Verbandsvorsitzenden Schmidt und die Kollegen Kreiß, Meß, Schümmer, Pils, Konrad und Burgark. Besonders der letztere brachte durchschlagkräftiges Material über einen Fehlpunkt in der heutigen Industrie, nämlich die Ueberbesetzung mit unproduktiven Kräften.

Als weitgreifenden Rahmen legte um diese Einzelbilder Kollege Maue wertvolles Tatsachenmaterial über „arbeitsrechtliche und sozialpolitische Forderungen“. Die Wucht des Materials wirkte manchmal erdrückend und die deutsche Arbeiterchaft muß vollständig auf der Hut sein, wenn sie ihre arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Belange vertreten will.

Das war der Unterbau, auf dem sich dann der Vortrag von Prof. Dr. Friedrichs, Karlsruhe, über „Die Nationalisierung und ihre Wirkungen auf den Menschen“ entwickeln konnte. Es ist ergreifend, zu sehen, wie heute in unserer seelenlosen Zeit man sich bemüht, die Seele wieder in ihr Recht zu setzen und vor allem zu verhindern, daß die Seele im Arbeitsprozeß untergeht und der Mensch seinen Lebensinhalt nur noch in die Zeit nach der Arbeit verlegt. Was wir als christliche Gewerkschaften stets betonten und was die kapitalistische und sozialistische Epoche ablehnten, Prof. Friedrichs umschrieb es prägnant: Das Geistige ist das Erste, das Fundament, das Geistige, die Seele ist das Höhere über der Materie. Der Mensch aus Leib und Seele zusammengesetzt, steht höher als der Gang des Betriebes und das Produkt“. Vor einem Jahrzehnt kamen von den technischen Hochschulen solche Gedanken noch nicht. Sie waren einfach „rein wirtschaftlich“ eingestellt, während in Wirklichkeit Wirtschaft und soziales Wissen ineinander-greifen müssen.

In Parallele zu Friedrichs Ausführungen standen Stegerwalds weitgreifende und klare Darlegungen über die „sittlichen Grundlagen unserer Bewegung“. Aus seiner geschichtlichen Erfahrung und seinem gewerkschaftlichen Wissen zeigte Stegerwald das Bild der Bewegung, ihre Kämpfe und die ideelle und sittliche Grundlage, ihre Grundgedanken. Das zielte hin auf die Neuformung eines Lebensinhaltes, auf das Wachen einer Arbeiterkultur und die Notwendigkeit vergrößerter Arbeiterbildungsbestrebungen, über die unser Verbandsreferat Kollege Georg Wieber, sehr beachtenswerte Ausführungen machte. Arbeiterbildung nicht im Sinne lediglich formaler Bildung, sondern als Einstellung auf die Erfüllung aller derjenigen Aufgaben, die in der Arbeit als höherem Wert liegen. Was für unsere Arbeiterbildung notwendig ist, geistig und materiell, wurde ausgiebig besprochen und verdrichtete sich zu einem Beschluß der Generalversammlung zur Anlage eines Bildungsfonds.

Die reiche Erfahrung der Delegierten, vor allem auch die der Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis, kam in den hochstehenden Diskussion zum Ausdruck. Den eigentlichen Bericht über unsere Generalversammlung bringen wir in der nächsten Nr.

Die erste Generalversammlung unseres Verbandes ist ein Markstein in der Geschichte unseres Verbandes. Die geistige Höhe, das Durchdringen schwerer Probleme, die der Generalversammlung zur Behandlung vorgelegt wurden, zeigte doch, wie die Gewerkschaftsbewegung innerlich gewachsen ist. Und dazu trotz mancher gegen-teiliger Meinung, die naturgemäß bei der Beratung so vieler Anträge aufstauden muß, dieser herrliche Körpergeist, diese Einigkeit, dieses gemeinsame Wollen, den Verband höherzubringen.

Jetzt geht es mit neuem Mut und frischer Kraft an die Arbeit. Unser Verband ist das starke Band, das die christliche Metallarbeiterchaft zusammenhält, ihr Hort und ihre Stütze. Unserem Christlichen Metallarbeiterverband soll unser ganzes Streben gelten!

über der Arbeiterchaft noch ärger, denn die Beamten der anderen Gruppen wehren sich, nicht mit Unrecht, gegen die erhebliche Besserstellung der höheren und höchsten Gruppen gegenüber den niedrigen Gehaltsklassen. Hat doch ein Beamter mit 2 Kindern in Gruppe X ein Erdgehalt einschließlich aller Zuschläge von 738,72 M. Nicht geringes Bestreben muß der Antrag der Sozialdemokratie erregen, der eine Erhöhung von 20 Prozent oder eine Wirtschaftsbeteiligungsrente in Höhe von 100 M. vorsieht. Hat bei diesem Antrag das agitatorische Moment nicht eine zu starke Rolle gespielt?

Bei den Kommunalverwaltungen, bei denen die Beamten nach denselben Grundsätzen entlohnt werden, hat sich in einigen Großstädten eine eigenartige Praxis herausgebildet. Die Städte haben obwohl die Dienstleistungen einer niedrigeren Gruppe verrichten werden, eine höhere Einstufung vorgenommen. Es gibt Städte, die in der I. und II. Gehaltsgruppe überhaupt keinen Beamten haben, sondern erst mit der III. Gruppe anfangen.

Neben der finanziellen Besserstellung sind noch in manchen Punkten nicht zu unterschätzende Vorteile mit der Beamtenstellung verknüpft. Erwähnt sei nur an die Urlaubsfrage. Ein Arbeiter der Nordwestgruppe erhält beispielsweise vom 2. Dienstjahre ab drei Tage Urlaub, bis nach 20 Dienstjahren 12 Tage, während ein Beamter der Besoldungsgruppen IV-VI bis zu 30 Jahren 18 Tage, bis zu 40 Jahren 25 Tage und über 40 Jahre 31 Tage Urlaub erhält.

Auch dürfte nicht unberücksichtigt bleiben, daß der Beamte in sonstigen Wechseljahren des Lebens weit mehr geschützt ist als der Arbeiter. In Krankheitsfällen wird das Gehalt weiter gezahlt, im Alter schütz eine annehmbare Rente vor Not und Entbehrung. Arbeits- und damit Verdienstlosigkeit kennt der Beamte fast nicht. Wenn bei der jehigen anormalen Zeit ein Abbau vorgenommen werden muß, so dürfte die Ueberziehung der einzelnen Abteilungen, die während und nach der Kriegszeit Platz gegriffen hat, die Hauptsache sein. Über diesen abgebauten Beamten wird noch 3 Monate das Gehalt gezahlt, während die Arbeiter sofort ohne jeden Verdienst, mit der karglichen Erwerbslosenunterstützung haushalten müssen. Alles in allem kann wohl gesagt werden, daß die Beamtenfamilien nicht in dem Maße die Not und das Elend durchkosten müssen wie fast alle Arbeiterfamilien. Dabei wird nicht verkannt, daß auch die Beamten, besonders in den unteren Gruppen, nicht auf Rosen gebettet sind.

Die um das tägliche Brot hart kämpfende Arbeiterchaft kann sich nicht damit abfinden, daß die Beamtenbesoldungsfrage ein Agitationsmittel der Parteien ist, und sie von dem geringen Verdienst hohe Steuern der verschiedensten Art zahlen soll, um die Gehälter einer bedeutend höher entlohten Volksgruppe weiter zu erhöhen. Mögen auch die hier gegebenen Hinweise manches Mißfallen erregen, so sind sie doch im Interesse einer gesunderen Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft unbedingt erforderlich.

Was kann uns die Nationalisierung bringen?

Kdl. Diese Frage wurde von A. Köttgen, dem Generaldirektor der Siemens-Schuckert-Werke im Frühjahr d. J. in dem Buch „Das wirtschaftliche Amerika“ mit dem sehr lüdenhaftesten Nachweis zu beantworten versucht, daß etwa die Hälfte des in Amerika um durchschnittlich 70 v. H. höheren Reallohnes den großen landwirtschaftlichen und bergbaulichen Naturgütern des Landes zuzuschreiben sei, daß weitere 20 v. H. von Deutschland nur durch längere und intensivere Arbeit ausgeglichen werden könnten, und daß lediglich der dann noch verbleibende Rest (also noch etwa 15 v. H.) zu einem Teil wenigstens durch bessere Rationalisierung unserer Produktion aufgeholt werden könne.

Ich habe diese Behauptung von Anfang an für unrichtig gehalten und bin, weil das Material zum gründlichen Studium dieser Frage in Deutschland nicht ausreichte, nach Amerika gereist, um an Ort und Stelle praktisch und theoretisch den Unternehmerbehauptungen nachzugehen, die für Deutschland so überaus pessimistisch lauten. Aber nämlich behauptet, daß durch das Höchstmaß der in Deutschland überhaupt möglichen Rationalisierung von dem amerikanischen Reallohnvorsprung von 70 v. H. nur 15 v. H. aufgeholt werden können, spricht über die wirtschaftliche Zukunft unseres Vaterlandes ein so trübes Urteil aus, daß jeder sich national verantwortlich führende Mensch sich nur darüber freuen kann, wenn dieses Urteil falsch ist.

Und es ist falsch. Das ist meine feste Ueberzeugung, die ich durch meine persönlichen Erfahrungen in Amerika vollumfänglich bestätigt gefunden habe. In kurzen Umrissen will ich die Gründe erörtern, die mich zu der Gegenbehauptung berechtigen, daß nahezu der gesamte Reallohnvorsprung Amerikas (ich schätze ihn nicht nur auf 70, sondern auf 100 bis 120 v. H.) in der Industrie ausschließlich auf einen Vorsprung in der „Rationalisierung“ zurückzuführen ist und daher bei zunehmendem Kapitalreichtum, genügender Unternehmerenergie, günstiger Entwicklung unseres Außenhandels und erfolgreicher Erziehung unserer Inlandsverbraucher eine ähnliche Reallohnhöhe wie in Amerika erreicht werden kann.

Die jungen Angestellten und Arbeiter, die bei uns sehnsüchtig nach Auswanderung drängen, brauchen den Mut nicht sinken zu lassen, die „natürliche Lage“ Deutschlands ist nicht so schlecht, daß wir für alle Zeiten das Land zu bleiben brauchen, welches die Natur mit viel Menschen und wenig Gütern gesegnet hat, und wo man auf ewige Zeiten für weniger Lohn länger arbeiten muß als drüben in der neuen Welt.

Die Tatsache, daß in Amerika nach den Berechnungen Dr. Köttgens die Nahrung der Gesamtbevölkerung schon durch 29 v. H. aller Erwerbstätigen hergestellt werden kann, während wir in Deutschland 43,3 v. H. unserer erwerbstätigen Bevölkerung dazu brauchen, hat Dr. Köttgen zu der Behauptung veranlaßt, daß die Hälfte des amerikanischen Reallohnvorsprunges auf die Naturgüter des Landes zurückzuführen sei. Außerdem wären die Abbauverhältnisse im amerikanischen Bergbau um sehr vieles günstiger als bei uns. Auch wenn wir diese Angaben einfach als richtig hinnehmen, sind dennoch die daraus gezogenen Schlüsse falsch. Für eine Beeinflussung des Reallohnes des Industriearbeiters ist nämlich entscheidend, ob dieser davon, daß zur Herstellung der Ernährung und zur Förderung der Uerprodukte nur halb so viel menschliche Arbeit gebraucht wird als in Europa, selber einen Vorteil hat. Diesen hätte der amerikanische Industriearbeiter nur dann, wenn er für die mit so viel weniger Arbeit hergestellten Agrarprodukte auch weniger zu

Arbeiterlohn und Beamtengehalt

„Der Notetat wird... in drei Lesungen angenommen nach den Beschlüssen des Ausschusses. U. a. erhalten die Beamten, Gruppen I-IV 12 1/2 Proz., die übrigen Beamten 10 Prozent Zuschlag, sowie sämtliche Reichsbeamten einen Zuschlag zu den Kinderzuschlägen und dem Frauenzuschlag von monatlich je 2,- Mark“.

So lautet der Pressebericht über die 108 Reichstags-Sitzungen vom 31. Juli in den Tageszeitungen. Diese Nachricht hat nicht nur in der Arbeiterchaft ein Kopfschütteln, sondern den größten Unwillen hervorgerufen. Dieses ist verständlich, haben doch die Arbeiter in der Metallindustrie bei der letzten Lohnbewegung im Juli sämtliche Lohntarifen durchlaufen müssen, um den von den Unternehmern geforderten 10prozentigen Lohnabbau zu verhindern. Die durch Schiedspruch zugewilligte Lohnhöhung von 66 auf 70 Btg. ist 6 Prozent für den Facharbeiter, und von 52 auf 55 Btg. ist 5,7 Prozent für den Hilfsarbeiter, mußten die Verbindlichkeitsklärung seitens des Reichsarbeitsministeriums erzwungen werden, obgleich die Löhne in der Metallindustrie weit unter den Löhnen anderer Gruppen stehen.

Der Einwand der Beamten, das Vorkriegsgehalt noch nicht erreicht zu haben, trifft nur zum Teil zu, und kann nicht maßgebend sein für die Gehaltspolitik in der heutigen Zeit. Ein verarmtes Volk, wie wir Deutsche es nun einmal sind, muß sich auch bei der Festsetzung der Beamtengehälter von dem Gedanken leiten lassen, daß es der schwerarbeitenden Bevölkerung nicht zugemutet werden kann, mit einem Bruchteil des Einkommens anderer Gruppen aus-

zukommen. Wenn anerkannt wird, daß eine Erhöhung der Beamtengehälter notwendig ist, und die Beamten bestimmter Gruppen sich, wie der Herr Reichsfinanzminister erklärt, schwere Entbehrungen auferlegen müssen, dürfte wohl die Frage berechtigt sein: Ist es einer Arbeiterfamilie möglich, mit dem viel geringeren Einkommen auch nur den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten? Eine Gegenüberstellung der Löhne und Gehälter dürfte am besten den krassen Unterschied zeigen. Ein verheirateter Hilfsarbeiter mit 2 Kindern hat in der nordwestlichen Gruppe ab 1. Juli, also einschließlich der eingetretenen Erhöhung, bei 240 Arbeitsstunden im Monat 144 Mk. Bruttolohn. Ein verheirateter Facharbeiter mit der gleichen Kinderzahl hat in der gleichen Zeit einen Bruttolohn von 180 Mk. Von diesen Beträgen gehen Steuern, Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorgebeiträge ab. Durch die eingeführte Kurzarbeit auf einer Anzahl von Werken wird der Verdienst der davon betroffenen Arbeiter noch erheblich geringer.

Ein verheirateter Beamter mit 2 Kindern im hiesigen Bezirk hat einschließlich aller Zuschläge als Endgehalt beispielsweise:

| | |
|--|----------|
| in Gruppe I (Stadtboten, Wärter u. dgl.) | 231,- M |
| in Gruppe III (Stadtboten, Maschinenschreiberinnen und dergl.) | 254,57 M |
| in Gruppe V (Feuerwehrleute, Stadtschwestern usw.) | 317,52 M |
| in Gruppe VI (Stadtschreiber, Oberfeuerwehrmänner usw.) | 377,62 M |

Diese Beispiele mögen genügen, um den krassen Unterschied zwischen dem Einkommen des Arbeiters und der Beamten zu beleuchten. Bei den höheren Gehaltsklassen ist das Mißverhältnis gegen-

zahlen brauchte. Er zahlt aber für seine Ernährung, wie Dr. Köttgen selber nachweist, etwa anderthalbmal soviel, wie der deutsche Arbeiter. Die Vorteile des geringeren Arbeitsaufwandes kommen also nur in einem höheren Einkommen der Landwirtschaft selber zum Ausdruck. Der landwirtschaftliche Arbeiter Amerikas erhielt 1921 durchschnittlich einen Tagelohn von 2 1/2 Dollar (10,50 Mk.) bei freier Verpflegung und Unterkunft, ohne das 3 Dollar. Im entsprechenden Verhältnis dazu steht das Einkommen des selbständigen Bauern.

Weshalb wie bei der Landwirtschaft ist es bei den anderen Naturprodukten. Auch die Urprodukte sind einschließlich der durchschnittlichen Frachten bis zum Verbrauchsgebiet nicht billiger als in Deutschland, trotz der günstigeren Abbaueverhältnisse. Auch hier ermöglicht die Kunst der Abbaueverhältnisse lebendig den in den Rohstoffindustrien beschäftigten Menschen ein um ebenso viel höheres Einkommen gegenüber Deutschland, wie es der Arbeiter in der weiterverarbeitenden Industrie bezieht. Gegenüber dem gesamten amerikanischen Volkseinkommen von etwa 75 Milliarden Dollar ist der Gesamtwert der jährlich geförderten bergbaulichen Rohstoffe aller Art, einschließl. Kohle, alle Erze und Petroleum, nur etwa 5 Milliarden Dollar, und das aus diesen Erwerbszweigen fließende Einkommen höchstens 2 1/2 Milliarden Dollar. Man sieht auch hieraus, wie wenig groß der Einfluß günstiger Rohstofflage auf das durchschnittliche Volkseinkommen sein kann.

Wenn wir nun, obgleich die Bodenschätze auf den Reallohn der Industrie so geringen Einfluß haben, in der Industrie einen um 100 bis 125 v. H. höheren Reallohn als bei uns vorfinden, so kann das allein dadurch erklärt werden, daß Amerikas Industrie eine Mehrezeugung pro Arbeiter aufweist, die mehr als das Doppelte der deutschen Erzeugung pro Arbeitsmann ausmacht, und die in der Hauptsache durch all jene Maßnahmen erzielt worden ist, die wir mit dem Sammelbegriff „Rationalisierung“ bezeichnen haben.

Dasselbe Ergebnis erhalten wir auch durch folgende „positive“ Beweisführung. Zunächst einige Zahlen aus der Vorkriegszeit, wo der amerikanische Lohn schon 1 1/2 bis 2fach so hoch war wie bei uns, und wo man auch schon die reichen Naturerzeugnisse Amerikas als bequeme Erklärung für diesen Vorsprung benutzte. Professor Taubig hat diese Zahlen vor kurzem an Tageslicht gebracht und sich für ihre wissenschaftlich einwandfreie Ermittlung verbürgt (Quartierly Journal of Economics, vol. 34 Nr. 1 S. 96 ff.). Aus ihnen ergibt sich die erstaunliche Feststellung, daß schon vor dem Kriege der höhere Lohn hauptsächlich auf eine größere Produktivität pro Arbeitsmann — verursacht durch bessere technische Methoden — zurückzuführen war. Ein Vergleich zwischen England und Amerika in der Kohlenherstellung ergibt, daß pro Arbeiter (1907—09) in Großbritannien nur 39 Tons gegen 84 1/2 in Amerika erzeugt wurden. In der Stahlerzeugung war das Verhältnis sogar 25:77 zugunsten Amerikas. Folgende kleine Tabelle zeigt auch die Unterschiede in den technischen Methoden an der Zahl der Pferdekräfte, deren Anwesenheit meist ein Zeichen für die stärkere maschinelle Produktionsmethoden ist. Das Verhältnis bezieht sich diesmal auf Roheisen, Stahl und Walzwerkprodukte (kombiniert):

| | U.S.A. | England |
|---|--------|---------|
| Erzeugung in Tonnen | 2 1/2 | 1 |
| Anzahl der Arbeiter | 7 | 6 |
| Pferdekräfte pro an der Maschine beschäftigter Arbeiter | 103% | 5% |

Man sieht auch hieraus den Fortschritt Amerikas. Weshalb war es in diesem Jahre bei der Zementfabrikation. Während man in England pro Arbeiter 194 Tons erzeugte, waren es in Amerika 395 Tons, also rund das Doppelte der Arbeitskraft. Bei der Zuckerraffinerie war das Verhältnis etwa 87:165 und selbst in den Mühlen 1:1 1/2 zugunsten Amerikas, wobei wieder doppelte so viel Pferdekräfte — also größere mechanische Arbeitsleistung — angebracht wurde. Diese wenigen Beispiele, denen noch viele angeführt werden könnten, zeigen positiv, daß der amerikanische Reallohn gar keine so geheimnisvolle Sache ist, daß er vielmehr nachweisbar einfach zustande kommt, weil pro Arbeitsmann bei gleichen Rohmaterialpreisen wie in Europa dank der vorgeschrittenen Rationalisierung mindestens das Doppelte Quantum erzeugt wird.

Seit dem Frühjahr d. J. liegen die großen statistischen Erhebungen über das ganze Jahr 1923 für alle amerikanischen Fabriken mit mehr als 5000 Dollar Jahreserzeugung vor. Die Wertdifferenz zwischen allen von diesen Fabriken bezogenen Rohmaterialien einschließlich aller sachlichen Produktionskosten (Zweckung, Kraft, Maschinen usw.) und den Fabrikpreisen der fertiggestellten Waren beträgt 25,9 Milliarden Dollar. Es wurden dabei 10,2 Millionen Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Ein Arbeiter hat also zusammen mit der von ihm bedienten Maschine in einem Jahr einen Wert

von 2500 Dollar dem Rohmaterial zugefügt. Davon erhielt er als Lohn rund 1350 Dollar; der Rest entfällt auf Gewinne, Steuern, Zinsen und dergl. Da die Preise der erzeugten Waren etwas höher liegen als in Deutschland, stellt der erzeugte Dollarwert pro Arbeiter immerhin einen realen Goldmarkwert von 5300 bis 7000 Mk. dar, also mindestens das Doppelte des vergleichbaren deutschen Wertes. In dieser Industrieart sind dabei weder Landwirtschaft noch Baugewerbe, noch Rohstoffindustrien enthalten. Damit ist also wohl der endgültige Beweis erbracht, daß der ganze Reallohnvorsprung des amerikanischen Industriearbeiters in der Hauptsache (also nicht zu 15 v. H., sondern fast zu 100 v. H.) auf die Rationalisierung zurückzuführen ist. Darum brauchen wir diesen Vorsprung auch nicht als für ewige Zeit unerreichbar anzusehen. Als Arbeitnehmer dürfen wir uns herzlich freuen, daß das Unglücksgetöse eines deutschen Generaldirektors sich als ein großer Generalirrtum herausgestellt hat.

Niedrige Preise, hohe Löhne in Amerika

Von Edm. Kleinschmidt, z. Zt. Detroit.
Um mit den Löhnen anzufangen: eindrucksvoller als die schönsten Statistiken es vermocht hätten, wurde mir das hohe amerikanische Lohnniveau durch eine persönliche Erfahrung illustriert. Neulich stand ich auf dem New-Yorker Broadway und schaute den Arbeiten an einem halbfertigen Neubau zu. Ich muß wohl etwas länger verweilt haben, als der hastige Amerikaner tut; denn schon trat der Bauführer an mich heran und fragte mich, ob ich einen Job (Beschäftigung) suche. Ich könnte sofort für 50 Dollar wöchentlich als Handlanger anfangen. Ich trug einen guten Ausgehungsanzug und fragte mich daher verwundert, ob ich denn wirklich danach aussehe, als suche ich auf einem Neubau Handlangerarbeit. Ein Blick in meinen Taschenspiegel sagte mir, daß das nach deutschen Begriffen nicht der Fall war.

Dieses Beispiel zeigte mir — ich möchte sagen — blühartig — zu welchen sozialen Verhältnissen hohe Löhne führen. Arbeiter, Angestellte und mittlere Geschäftsleute unterscheiden sich hier in der Kleidung gar nicht oder nur sehr wenig. 50 Dollar die Woche sind freilich auch für amerikanische Verhältnisse ein besonders hoher Lohn, der nur für schwere Arbeit bezahlt zu werden pflegt. Die durchschnittlichen Löhne bewegen sich um 30 Dollar herum; aber auch davon kann der amerikanische Arbeiter bei guter, jedoch sparsamer Lebensführung nahezu die Hälfte auf die hohe Rante legen. Das liegt in den amerikanischen Preisen begründet.

Es ist in der deutschen Gewerkschaftspresse schon oft behauptet worden, daß die amerikanischen Preise und vor allem die Lebenshaltungskosten nicht so hoch seien, wie das von einem weiten Teil der Tagespresse behauptet wird. Und meine persönlichen Erfahrungen haben mir diese Mutmaßung im höchsten Umfange bestätigt. In vielen Besprechungen mit amerikanischen Gewerkschaftlern, mit Dutzenden seit lange Jahren hier wohnenden Deutschen, durch genaues Studium der vorzüglichen Preis- und Lebenshaltungsstatistiken von New-York, und vor allem durch den Weltstadt-Biltmore und Pennsylvania, in guten deutschen Restaurants, bei den New-Yorker Wagners Hardart & Co., wie auch in den kleinsten und bescheidensten Gaststätten habe ich mich vollständig davon überzeugt, daß die einfache und mittlere amerikanische Lebenshaltung nur durchschnittlich 50 Prozent teurer als die deutsche ist. Diese Verhältniszahl der deutschen und amerikanischen Lebenshaltungskosten von 1 zu 1,5 entspricht auch in etwa der Statistik des Internationalen Arbeitsamtes in Genf. Im folgenden einige Beispiele:

Das Frühstück wird gewöhnlich in einem kleinen Lokal mit Selbstbedienung eingenommen. Kaffee, Kakao und Tee kosten 5 Cents die Tasse. Für ein belegtes Brot (Klappstulle) mit Schinken, Junge, Ei oder dergleichen zahlt man auch nur 5 Cents, desgleichen für Kaffeegebäd, zum Frühstück ausreißend. Kuchen aller Art — doppelt so groß wie Berliner Konditoreistücken — kostet 10 Cents das Stück. Für 20 Cents (84 Pfennige) hat man also ein Frühstück mit Schinkenbrot, Kaffee und Kaffeegebäd, oder statt dessen Weibrot mit Butter. Das Mittagessen läßt sich im Durchschnitt für 35 Cents bestreiten. Im allgemeinen gibt es dafür ein Fleischgericht mit zwei Gemüsen (Kartoffel oder Bohnen und ein Gemüse). Vielerorts steht dazu noch Butter und Brot in beliebiger Menge den Gästen zur Verfügung. Hardart & Co., die große Automatenfirma liefert in ihren wunderschönen Speise-

räumen sogenannte Hamburger, das sind unsere deutschen Beefsteaks, zu 20 Cents das Stück mit Tunke und zwei Gemüsen. Solch ein Beefsteak mit einem Glas Milch und einem großen Stück Kuchen (zusammen 15 Cents) reichen für eine guttätigende Mahlzeit aus.

Auch Kleidung und Schuhwerk sind billiger als man zunächst glauben möchte. Im Sommer werden viel leichte Anzüge getragen, die je nach Qualität zwischen 10 und 20 Dollar kosten und sich leicht tragen. Ein Arbeitsanzug kostet 15 bis 25 Dollar, in besserer Qualität 25 bis 35 Dollar; für 40 bis 45 Dollar kauft man einen blauen Sonntagsanzug von reinem Wolstoff. Ebenso ist Wäsche verhältnismäßig billig. Für 20 Cents erhält man gute Wollsocken — nicht elegant, aber dauerhaft und strapazierfähig — die man in Deutschland entschieden teurer bezahlen muß. Ein Oberhemd kann man schon für 1 Dollar kaufen, wenn man 2 1/2 Dollar anlegt, erhält man recht gute Ware. Das Wäsche der Wäsche ist auch kaum teurer als in Berlin. Und das Schuhwerk ist sogar billiger als in Deutschland. Bei welchem deutschen Schuhhändler bekäme man wohl für 1,60 Dollar = 6,70 Mk ein Paar ganzlederne Arbeitsstiefel zu kaufen?

Am teuersten ist die Wohnung. Unter 4 Dollar die Woche ist kaum ein bescheidenen Ansprüchen genügendes Zimmer zu bekommen. Im Durchschnitt muß man für ein bescheidenes Zimmer wöchentlich zwischen 5 und 6 Dollar zahlen. In den ganz billigen New-Yorker Wohngebieten sind die Zimmerverhältnisse nicht besser wie in den schlimmsten Berliner Mietshausverhältnissen.

Der Unverheiratete, der sich ausreichend ernähren und schlafen und sauber kleiden will, aber auf Vergnügungen und sonstige Dinge und Dienste, die man sich selber leisten bzw. herstellen kann, verzichtet, braucht monatlich etwa 40 Dollar. Mit 10 Dollar mehr im Monat läßt sich die Wohnung etwas verbessern, so daß man bei einer Monatsausgabe von 50 Dollar bescheiden, aber auskömmlich haushalten kann. Dazu aber gehört Energie und Disziplin, vor allem um deswillen, weil man damit unter dem Durchschnitt der hier üblichen Lebenshaltung bleibt. Denn bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 120 bis 130 Dollar kann der amerikanische Arbeiter selbst dann noch über die bescheidene 50-Dollar-Lebenshaltung hinausgehen, wenn er fast die Hälfte seines Einkommens für die Tage des Alters, der Krankheit, der Arbeitslosigkeit und andere Vorfälle des Lebens zurücklegt.

Lohnpolitik und Währung

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat am 12. Mai dem Reichsanwalt eine Denkschrift zur Frage der Arbeitslohnpolitik, Wirtschaftspolitik und Währung überreicht, die vor kurzem auch der Öffentlichkeit übergeben worden ist. Eine bemerkenswerte kritische Betrachtung derselben in der „Köln. Ztg.“ (453) bezweifelt, ob diese Denkschrift gerade im Augenblick opportun gewesen sei. Man könne nämlich bezweifeln, ob es gewagt sei, von der Arbeitgebervereinigung war, mit ihrer sowohl auf unmittelbare als auf weitere Wirkungen berechneten Denkschrift zur Lohnpolitik gerade in zu einer Zeit an die Regierung heranzutreten, da diese für eine Zollvorlage wird, die in ihrem wichtigsten und umstrittensten Teil, was die Konsumseite anbelangt, auf eine Verteuerung der Lebenshaltung hinausläuft. Zu dem in der Denkschrift besonders hervorgehobenen Punkte des Zusammenhanges zwischen Lohnpolitik und Währung betont jedoch die Abhandlung in der „Köln. Ztg.“:

„Heute beruht die Festigkeit der Währung so gut wie ganz auf der Disziplin, Deutungs- und Gelbmarktspolitik der Reichsbank und der Finanzpolitik des Staates, und zwar nicht nur währungsrechtlich, wie es die Denkschrift der Vereinigung annimmt, sondern auch weitgehend währungspolitisch. Zwischen Lohnerhöhung und Währungspolitik stehen zunächst auffallend die Betriebe und Banken, und zwar keineswegs in erster Linie die Reichsbank, sondern die für den Industriebetrieb in Frage kommenden Privatbanken. Sie sind im Begriff, ihr Vorkriegsverhältnis zur Industrie bis zu einem gewissen Grade wiederzuerlangen, eine Entwicklung, die angesichts der jüngsten Konzernauflösungen und Besitzkonzentrationen deutlich wurde. Es ist auch nicht so, daß eine Lohnerhöhung notwendig in inflationistische Wirkungen habe. Sie schöpft ja kein neues Geld, sondern nimmt nur eine Geldüberziehung vor. Sie würde erst dann künstlich zufließen, wenn die Geldmittelmengen entgegenzustellen, wenn sie durch staatliche Herausgabe neuer Zahlungsmittel finanziert würde. Daran

Streifzüge durch England

Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter im Auslande.
2. Verbandsvorsitzender R. Schmidt.

Keber die bedeutendsten Einträge allgemeiner Natur, die wir auf unserer Reise quer durch England gewonnen, hat Kollege G. W. H. bereits in der vorigen Nummer des Organs berichtet.

Von großer Bedeutung für uns ist auch das Studium der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Ausland; besonders der Wert haben dabei einwandfreie Lohnfeststellungen. Wir müssen Einblick zu gewinnen suchen in die Lebenslage unserer Kollegen im Auslande, um Vergleiche mit unseren Verhältnissen anstellen zu können. Wichtiger noch ist für die Auseinandersetzungen über die Lohngestaltung zu wissen, wie hoch der Goldwert des Arbeitslohnes ist, denn: Für die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt spielt die Lohnquote, die im Produkt steckt, eine große Rolle.

Die Argumentationen unserer Unternehmer sind vielfach auf den Gewinn abgestellt. Wir werden infolge der Lohnforderungen der Gewerkschaften und infolge von Lohnsteigerungen von der Konkurrenz ausgeschaltet. In Unterhaltungen mit ausländischen Kollegen können wir immer wieder feststellen, daß die Unternehmer in fast allen Ländern lamentieren, auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzieren zu können, weil das Ausland niedrigere Arbeitslöhne habe.

Ein Musterbeispiel für die Rücksichtslosigkeit, mit der das Unternehmertum dieses Argument in den Vordergrund schiebt, bietet der große Kampf, der sich gegenwärtig schon längere Wochen in der Maschinenindustrie Belgiens abspielt. Das belgische Wirtschaftsleben steht infolge der fortschreitenden Währungsverschlechterung etwa in der gleichen Situation, in der Deutschland sich Ende 1921, Anfang 1922, befand. Der belgische Franken hat noch etwa den fünften Teil seines Friedenswertes. Die Inflation ist geeignet, den Warenexport zu begünstigen.

Der gelernte, verheiratete Maschinenhändler verdient in den Städten der Wallonie zurzeit nicht mehr wie etwa 3,75 Frank die Stunde, bei 48stündiger Arbeitswoche, also rund 180 Frank oder 36 Goldmark die Woche. Trotzdem dieser Goldlohn mit zu den wichtigsten in Europa zu rechnen ist, verlangt das Unternehmertum Belgiens unter Hinweis auf die Konkurrenz des Auslandes eine Lohnreduzierung von 5 Prozent.

Arbeitslöhne sind zwischen einzelnen Ländern nur vergleichbar, wenn man von einem bestimmten Arbeitertyp ausgeht. Aus dem Grunde konzentriere ich meine Feststellungen über Löhne im Auslande in der Regel auf den 30-35jährigen gelernten Arbeiter, der verheiratet und Vater von zwei Kindern ist. Dessen Einkommen — nicht etwa den Tariflohn — suche ich zu ermitteln. Der Tariflohn allein gibt kein einwandfreies Bild von den Lohnverhältnissen.

In England habe ich in Bezug auf Lohn- und Arbeitsver-

hältnisse folgendes festgestellt: Birmingham z. B. beschäftigt etwa 70—80 000 Metallarbeiter. Es bestehen an Ort 48 verschiedene Verbände von Metallarbeitern. In der Eisen verarbeitenden Industrie, die den Absatz ihrer Produkte mit auf dem Weltmarkt suchen muß (z. B. in der Fabrikation von Schrauben und Muttern), beträgt der Lohn des gelernten Arbeiters etwa 53—56 Schilling (53—56 Mk.) in besonderen Fällen auch 63 Schilling (63 Mk.) die Woche bei 47stündiger Wochenarbeitszeit. Angelernte Arbeiter verdienen in diesen Betrieben im Zeitlohn durchweg 48 Schilling (48 Mk.), im Akkord ebenfalls bis zu 64 Schilling (64 Mk.). Der Hilfsarbeiterlohn steht auf 42 Schilling (42 Mk.) die Woche. Geldstrahlenschloffer hingegen verdienen — wie uns der Ortsgruppenvorsitzende der Gewerkschaftsabteilung in Birmingham versichert, — bei ebenfalls 47stündiger Arbeitszeit die Woche 3 1/2 bis 4 Pf. Sterling (70 bis 80 Mk.). Besonders qualifizierte Leute verdienen bis zu 8 Pf. Sterling (160 Mk.).

Von 1913 bis 1925 hat sich der Lohn dieser Arbeiterkategorien durchweg verdoppelt. Beim gelernten Arbeiter beträgt die Steigerung etwa 90 Prozent. Da die Kosten der Lebenshaltung durchweg 80—90 Prozent über den Vorkriegsstand gestiegen sind, kann man für die Arbeiter dieser Berufe von einer kleinen Verbesserung der Lebenslage reden. Das trifft jedoch nur in solchen Fällen zu, wo der Arbeiter volle Beschäftigung hat. Infolge der großen Arbeitslosigkeit dürfte aber die Mehrzahl der Arbeiter nicht in der Lage sein, die volle Arbeitswoche zu arbeiten.

Die Arbeiter in der Fertigwarenindustrie, wie Metall-, Aluminiumindustrie usw. (Armaturenfabrikation) waren — so berichtete uns der Vertreter dieser Branche — vor dem Kriege mit am schlechtesten bezahlt. Gelernte Leute verdienen bei 54stündiger wöchentlicher Arbeitszeit 25, 27—31 Schilling die Woche. Jetzt ist durch Vereinbarung für die gleichen Leute ein Lohn von 80—90 Schilling die Woche festgesetzt bei 47stündiger Arbeitswoche. Besonders gute Leute verdienen 2 Schilling (2 Mk.) die Stunde. Nach der tarifvertraglichen Lohnregelung, die uns vorliegt, verdient der Normalarbeiter die Woche 3 Pf. Sterling (7 Schilling 6 1/2 Penny (etwa 68 Mk.), jedoch ist ausdrücklich festgelegt, daß die Akkordpreise so festgesetzt sein sollen, daß ein Durchschnittsarbeiter 25 Prozent mehr verdienen soll.

In der eigenenerzeugenden Industrie werden — so wurde uns gesagt — 8 bis 10 Pf. Sterling die Woche und von den ersten Leuten bis 12 Pf. (160, 200 und 240 Mk.) verdient.

Im Gegensatz zu den Arbeitern, die an Produkten arbeiten, die der Befriedigung des Inlandmarktes dienen, stehen die Arbeitergruppen, die an Exportartikeln arbeiten, schlecht. Dafür einige Beispiele: Im Schiffbau zu Liverpool beschäftigte gelernte Arbeiter verdienen die Woche im Akkord 3 Pf. Sterling (rund 60 Mk.), die angelernten 2 1/2 Pf. Sterling (50 Mk.). Die Geschäftslage im Schiffbau ist außerordentlich schlecht. Nach Angaben der Liverpooler Gewerkschafter schlechter noch als im Bergbau. Ein anderes Beispiel: In Rugby, einem Ort von 25—30 000 Ein-

wohnern, verdient ein gelernter und qualifizierter Metallarbeiter, ein Schlosser im Dieselmotorbau 3 Pf. Sterling 3 Schilling (63 Mk.) die Woche bei 47stündiger Arbeitszeit.

Der Mann, der jetzt etwa 63 Mk die Woche verdient, hatte vor dem Kriege etwa 40 Mk. Die Steigerung beträgt also etwa 52 Prozent, wohingegen der Index für die Kosten der Lebenshaltung auf 180 gegen 100 im Jahre 1914 steht. Während ledige Leute vor dem Kriege für ein gutes Kost- und Logishaus 15 Schilling (15 Mk.) zahlten, muß jetzt etwa 40 Schilling (40 Mk.) die Woche gezahlt werden. Die Lebenshaltung hat sich also für diese Arbeiter erheblich verschlechtert. Das hat seinen Grund darin — so jagte uns der Berichterstatter — daß in diesen Betrieben Exportartikel hergestellt werden. Ein Gegenstück dazu finden wir in Oxford. Dort selbst werden Autos fabriziert. Eine Firma dort bringt die Woche etwa 1500 Wagen auf den Markt. In dieser Branche ist die Konjunktur gut. Die Autos finden fast ausschließlich auf dem Inlandmarkt Absatz.

Ein volljähriger Schlosser (21 Jahre alt) im Automotorbau verdient bei 47 stündiger Arbeitswoche 5—6, mindestens aber 4 Pf. Sterling (80 bzw. 100 bzw. 120 Mk.) die Woche. Arbeiter dieser Gruppen gehören der Gewerkschaft für qualifizierte Arbeiter an. Der Wochenbeitrag in diesem Verbande beträgt rund 1,80 Mk. Die Quintessenz der Ermittlungen und der Erkenntnisse ist: Das Wirtschaftsleben Englands macht seit einigen Jahren schon eine Krise durch, die unvergleichlich schärfer ist, wie die deutschen Krisenzeichen und zu deren Ueberwindung sich bis jetzt die besten Kräfte des Landes als unfähig erwiesen haben.

Für die Aufrechterhaltung der Arbeitsbedingungen im Bergbau und um den in den letzten Wochen drohenden Generallstreik der Bergleute zu verhüten, hat die englische Regierung sich entschließen müssen, dem Bergbau große Zuwendungen aus staatlichen Mitteln zu geben. Das ist jedoch lediglich ein momentanes Ausweichen, ein Angstprodukt, das keinerlei Lösung der Krise bringt. In der Eisenindustrie Mittelenglands sind 30 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter arbeitslos, der Schiffsbau liegt ebenfalls sehr darnieder.

Die Arbeiter leiden unter diesen Zuständen ungeheuerlich. Die Arbeitslosenversicherung, zu der der Staat, die Unternehmer und die Arbeiter Beiträge zahlen und gemeinsam die Mittel aufbringen, bietet den Arbeitslosen nicht das zur Aufrechterhaltung einer bescheidenen Lebens- und Kulturgrundlage erforderliche.

Selbst vollbeschäftigte Arbeiter haben, soweit sie in Industrien tätig sind, die in Wechselbeziehungen zum Weltmarkt stehen, kaum einen besseren Lebensstandard wie etwa 1914. Die englische Arbeiterbevölkerung erkennt zu einem guten Teile die Ursache dieses üblen Zustandes; sie ist vielleicht die erste mit in Europa, die gewillt sein wird, der Ursache beizukommen. Man jagte uns, Deutschland soll in Erfüllung des Londoner Abkommens jährlich 2 1/2 Milliarden Goldmark für Reparationszwecke aufbringen. Es kann das nur, wenn es keine Ausfuhr erheblich stei-

denk aber kein Mensch. Auch wenn die Lohnerhöhungen mit Krediten finanziert würden, die alsdann unmittelbar in den Konsum übergingen, hätte das keinen unmittelbaren und wenig mittelbaren Einfluß auf die Lage der Währung bei ihrer heutigen Verankerung. Normale Kredite bedeuten Guthaberverchiebungen, hinter denen bereits geschöpftes, verfügbares Geld steht, keine Neuschöpfungen von Geldzeichen. Wenn auch die Banken den Betrieben Kredit geben, gibt diesen darum die Reichsbank keinen höheren Kredit. Der Kiesel liegt hier im richtigen, regelnden Diskontsatz. Zwischen Lohnerhöhung und Währungsbeeinflussung wirken also einige Schranken und Puffer. Sie bestimmen die Möglichkeit der nicht aus den Betrieben heraus gewährten, sondern durch Kredite finanzierten Lohnerhöhungen und ihre Wirkungen auf dem Finanzmarkt, nicht umgekehrt.

Der Warnungsruf: Lohnerhöhungen gefährden die Währung, ist also nicht ohne weiteres zutreffend. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß durch eine zu weitgehende Lohnpolitik, die nur den Interessenstandpunkt kennt, nicht Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft herbeigeführt werden können, die vom Standpunkt der Allgemeinheit aus nicht wünschenswert sind.

Gewerkschaftliche Neuorganisation

Vor drei Jahren hatte der Kongress der freien Gewerkschaften in Leipzig den Bundesvorstand beauftragt, einen Plan für den organisatorischen Aufbau von Industrieverbänden vorzulegen; eine besondere Kommission hat dieser Tage auf Grund dieses Beschlusses die Organisationsfrage nach allen Seiten erörtert. Sie ist jedoch zu keinem einmütigen Ergebnis gelangt.

Die Anhänger des Systems der Industrieverbände haben dem Bundesauschuß einen von dem Vorsteher des Metallarbeiterverbandes Dismann ausgearbeiteten Plan vorgelegt, der allgemeine Richtlinien für die Schaffung von Industrieverbänden zu zeigen versucht, und im einzelnen den organisatorischen Aufbau und den Wirkungsbereich dieser Verbände darlegt. Diese Gruppe hält es für möglich, einen einheitlichen Plan zur Lösung des Organisationsproblems durch Konferenzbeschluß durchzuführen. Dieser Aufstellung widerpricht eine zweite Gruppe, die eine Organisationsumformung im Sinne der Leipziger Beschlüsse nicht für sachlich notwendig hält, da die industrielle Konzentration sich weder so einseitlich und schnell noch in der Richtung vollziehe, wie es von der ersten Gruppe angenommen werde. Einen Umbau der Gewerkschaften zu Industrieverbänden durch gegenseitige Vereinbarungen hält die Gruppe nicht für möglich. Eine dritte Gruppe hält zwar auch die zwangsmäßige Durchführung des neuen Aufbaues der Gewerkschaften nicht für angebracht, aber sie erkennt die Leipziger Beschlüsse als grundsätzlich richtig an. Auch sie wendet sich gegen eine zwangsmäßige Lösung und hält eine gesunde Entwicklung nur durch gegenseitige Verständigung der beteiligten Gewerkschaften für möglich. Den beiden letzten Gruppen ist die Aufstellung gemeinsam, daß neben der Vereinheitlichung der Verwaltung usw. ein Ausbau der Bundeseinrichtungen für die gemeinsame Interessenvertretung auf wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und rechtlichem Gebiet wünschenswert sei.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hat nunmehr ebenfalls zu der Organisationsfrage Stellung genommen. Seine Meinung geht dahin, daß zwangsweise durch einen verbindlichen Kongressbeschluß eine Lösung des Organisationsproblems nicht möglich sei, dagegen glaubt er, durch eine Aenderung der Bundesstatuten die erstrebte Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte wirksam fördern zu können.

Rundgebung evangelisch-sozialer Verbände

Am Samstag, den 8. August, fand in Bethel bei Bielefeld wieder wie im Vorjahre eine Führertagung evangelisch-sozialer Verbände statt. Eingeladen hatten: Die Soziale Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland und die ihr nahe stehenden Verbände, wie der Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine, der kirchlich-soziale Bund, die Deutsche evangelische Sekretärvereinigung, die Evangelisch-soziale Schule. Die Versammlung, unter dem Vorsitz des Kollegen Baltrusch vom Gesamtverband der kirchlichen Gewerkschaften stehend, war aus allen Teilen Deutschlands stark besetzt. Als Vertreter des Deutschen Evange-

lischen Kirchenausschusses war Herr Generalsuperintendent Joellner, Münster, erschienen.

Den ersten Vortrag hielt Geh. Konsistorialrat Professor Dr. Küttigert, Halle, Dekan der theologischen Fakultät, über das Thema: „Luthers Berufsgedanke und seine Bedeutung für das Wirtschafts- und Sozialleben in der heutigen Zeit.“

Dann sprach Generalsekretär Rudolph, Berlin, vom Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine, über „Evangelische Kirche, evangelische Arbeitervereine und kirchliche Berufsorganisationen“. Die Arbeiterfrage ist nicht nur eine Frage des Arbeiterstandes, sondern in Hinsicht auf das Ziel „Volksgemeinschaft“ ist sie eine Gemeinschaftsfrage, an der alle Kreise interessiert sind. Deshalb muß auch die Kirche zu den modernen Organisationen der Arbeiterbewegung, zu den Berufs- und Standesorganisationen Stellung nehmen. Denn letztere sind Mittel und Organe der Eingliederung des Arbeiterstandes ins Volksganze. In diesem Sinne bedeutet die Soziale Volksgemeinschaft des Deutschen evangelischen Kirchentages einen ungeheuren Schritt vorwärts. Dieser Wille zur Standesbewegung wurde bewußt umgeben durch die Theorie des Sozialismus, die als Gegenstück zu Standesbündel- und -überhebung, Klassenhaß und Klassenkampf forderte. Klasse gerecht; Stand betont zwar auch die Besonderheiten, aber nur im Rahmen des Ganzen. Die Standesbewegung heißt daher der Weg zur Volksgemeinschaft.

Folgende Entscheidung wurde angenommen:

„Die am 8. August in Bethel bei Bielefeld stattgefundene Konferenz evangelisch-sozialer Verbände beschloß einstimmig, an der Schaffung enger Beziehungen zwischen Christentum und Arbeitsleben und zwischen Kirche und Arbeiterfrage im Sinne der sozialen Volksgemeinschaft des Deutschen evangelischen Kirchentages nach Kräften mitzuhelfen. Kirchliche Vereine, Körperschaften und Synoden sollen unter Mitwirkung evangelisch-sozialer Verbände in der Arbeiterfrage evangelisches Bewußtsein wecken, evangelisches Glaubensleben fördern, wahrhaft soziale Gesinnung verbreiten und die dringend notwendige Verständigung und Gleichberechtigung der Stände erreichen.“

Dazu ist eine Stärkung der Evangelischen Arbeitervereine und auch ihrer tatkräftigen Unterstützung zur Errichtung evangelischer Arbeitersekretariate erforderlich, damit dieselben eine größere Aktivität entfalten können. Ferner ist zur Heranbildung evangelisch-sozialer Führer unter der Arbeiterfrage auch eine Förderung der Evangelisch-sozialen Schule in Spandau notwendig, wozu das Verantwortlichkeitsgefühl für die der Kirche Entfremdeten und Fernstehenden gerade im Mutterland der Reformation jede Kirchengemeinde und jeden evangelischen Christen verpflichten sollte.

Schließlich ist auch eine Stellungnahme zu den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterfrage nicht zu umgehen. Die Jugendigkeit zu den kirchlichen und christentumsfremden freien Gewerkschaften und z. B. das ständige Lesen ihrer sozialistisch-marxistischen Presse bringt für unser evangelisches Volkstum die größten Gefahren. Dem unheilvollen Einfluß der antichristlichen, marxistischen Arbeiterbewegung kann ein wirksamer Damm nur entgegengekehrt werden durch Förderung einer eigenen selbständigen christlichen Arbeiterbewegung, wie sie der auf christlich-nationalem Boden stehende Deutsche Gewerkschaftsbund darstellt. Seine Zusammenziehung aus Gliedern beider christlicher Konfessionen und aus Anhängern aller nichtsozialistischen Parteien beweist, daß die notwendige Gemeinschaftsarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet möglich ist. Alle Sonderbestrebungen auf Bildung konfessioneller oder parteipolitischer Gewerkschaften sind daher abzulehnen.“

Wie hoch ist das Volkseinkommen?

In der Zeitschrift „Magazin und Wirtschaft“ unternimmt Dr. Moritz Elsas den Versuch, das deutsche Volkseinkommen zu schätzen. Der Verfasser gibt auch im Auslaß auf Grund seiner früheren einschlägigen Arbeiten als Sachverständiger auf diesem Gebiet. Er schätzt das deutsche Volkseinkommen auf 39,7 Milliarden. Vor dem Kriege wurde das Volkseinkommen auf 43 Milliarden veranschlagt, bei Berücksichtigung der durch den Friedensvertrag verminderten Bevölkerungszahl, auf 38,5 Milliarden. Angesichts des veränderten Geldwertes ist der Rückgang des Volkseinkommens sehr beträchtlich. Elsas unterscheidet zwischen Masseneinkommen (Löhne und Gehälter), kapitalistischem Einkommen und öffentlichem Einkommen. Das Masseneinkommen betrug 1923 auf die verringerte Bevölkerungszahl verrechnet, 26 Milliarden, im April 1925 dagegen 31,9 Milliarden. Die Löhne und Gehälter jeiten nach Elsas durchschnittlich um 22,6 Prozent höher als in der

Vorkriegszeit. Angesichts der Erhöhung der Lebenshaltungskosten zeigt sich selbst auf Grund dieser Berechnung eine erhebliche Verminderung des Realeinkommens der Arbeitnehmer. Die Arbeitslosigkeit und Arzarbeit will Elsas bei der Schätzung des Volkseinkommens nicht berücksichtigen, weil auf der anderen Seite seit dem Kriege große Schichten von Frauen und anderen ins Erwerbsleben getreten sind. Allerdings hätte die Verminderung der Mannkraft der Wehrmacht, wodurch die Zahl der produktiven Tätigen sich erhöhte, wurde deshalb nicht berücksichtigt, weil auf der anderen Seite die verminderte Leistungsfähigkeit der Kriegsschädigten eine Verringerung des Volkseinkommens bedeutet. Das kapitalistische Einkommen wurde 1913 auf das verkleinerte Reichsgebiet gerechnet, auf 10,5 Milliarden im Jahre geschätzt, Elsas nimmt nun an, daß dieses Einkommen auf weniger als die Hälfte, auf 4,75 Prozent zusammengedrückt sei, weshalb es heute auf rund 4,75 Milliarden zu veranschlagen sei. Es wird noch festgestellt, daß das nominale Volkseinkommen die frühere Höhe wieder erreicht hat. Das reale, an der inneren Kaufkraft gemessene Einkommen jedoch betrage nur etwa drei Viertel des nominalen, mithin 30 Milliarden.

Im Reiche Henry Fords

E. K. Auf dem Eriesee. Stundenweit nichts als Himmel und Wasser wie auf dem Ozean. Trotz schneller Fahrt dauert's 15 Stunden von Buffalo bis Detroit. Wir sind nahe am Ziel, und über der Gegend, der wir jetzt entgegensteuern, liegt schwarzer Nebel, der die Sicht verperlt. Bald wird auch erkennbar, daß dieser schwarze Dunst aus einer einzigen großen Wolke von Kohlenrauch besteht. Ganz tief schwarz und schwer erscheinen die hundert Rauchfahnen, die am Ufer aus stählernen Mäulern emporsteigen und in der Luft hängen bleiben. Das Wasser ist schmutzig grün, und kleine, zusammengeschnitzte Inseln aus schmierigem Kohlenruß schwimmen auf ihm herum. Auch die vielen Bäume, die oft kilometerweit die Fabriken unterbrechen, haben die gleiche schmutzig-grüne Farbe, oft sehen sie sogar etwas gelblich absterbend aus, obwohl doch der Sommer erst beginnt. In der Ferne ragen Dugende von Hochhäusern wie große Steintürme empor. Das ist fast ohne die berühmte Stadt Detroit, wo im letzten Jahre über die Hälfte aller amerikanischen Automobile hergestellt wurden, wo Henry Ford die hohen Löhne zahlt, seinen Arbeitern Autos und Heilmitteln schenkt und ihnen dafür mit den anderen 37 Automobilfabriken Detroit's die Sonne wegnimmt und die frische Luft. Hier auf diesem Flecken Erde sind die sozialen und geistig-kulturellen Probleme zusammengedrängt, die in der kapitalistischen Industriewirtschaft auch dann noch zu lösen bleiben, wenn die Löhne so hoch sind, daß materielle Not als soziales Problem ausschließt.

Unser Dampfer schiff seine Passagiere aus, und, noch an die frische Seeluft gewöhnt, steigt mir die dunstige Kohlenluft über in die Nase; ich murmelte ein über das andere Mal „Entschlich!“ und wäre am liebsten wieder umgekehrt. Doch das ging nicht, denn ich bin ja eigens hierher gereist, um die Zielrichtung zu erkennen, zu welcher diese technisch so ergiebige Industrie noch führen kann. Welch schöneres Zukunftselend mag sie wohl den arbeitenden Menschen erschließen? Warum leben diese Menschen hier in Städten,

Sozialpolitik durch Produktionspolitik

von Bruno Rauecker

muß jeder Vertrauensmann lesen

Es ist das beste Material in wirtschaftlichen Kämpfen. Preis 1.— Mk. Steif gebunden 80 Seiten. Zu bestellen

ECHO-VERLAG DUISBURG oder Zentrale Stapelflor 17

gert, und wenn es um das zuwege zu bringen, intensiver und mehr arbeitet, vor allen Dingen aber seine Produkte am billigsten auf den Markt bringt. Die Folge davon ist Auftragsmangel und Arbeitslosigkeit in den sog. Siegerstaaten. Das Kapital profitiert von dieser angeblichen Reparationslösung, die Arbeiterfrage der ganzen Welt leidet darunter.

Es ist gut, daß diese Erkenntnis immer breiteren Boden gewinnt, um so eher wird der Druck der Massen den Widerstand, der dem System des Reparationsproblems innewohnt, beseitigen.

Eine andere Erkenntnis noch. Das Unternehmertum sieht die Löhne in der Arbeitslohn nur den Unkostenbestandteil der Erzeugung, nicht aber die Lebens- und Kulturgrundlage der Menschen. Wenn deutsche Unternehmer behaupten, unsere Löhne seien, als Unkostenbestandteil der Erzeugung betrachtet, zu hoch; und wir seien infolgedessen weniger konkurrenzfähig wie das Ausland, so trifft das in bezug auf England, das doch allezeit unser Hauptkonkurrent auf dem Weltmarkt war, durchaus nicht zu. Die in dieser Frage mit großem Aufwand betriebene Propaganda der deutschen Unternehmerpresse ist vollkommen falsch. Sie muß daher abgemindert werden. Ueber die Lage in Amerika siehe die diesbezüglichen Artikel in dieser Nr.

Der Kampf um die Absatzgebiete in der Welt hat in der Nachkriegszeit schon in hohem Maße dahin geführt, daß der Lebensstandard derjenigen, die die Bedürfnisse der Inlandsmärkte befriedigen, erheblich höher liegt als derjenigen, die für den Export arbeiten. Diese leiden, solange die politischen Schwierigkeiten dauern, am meisten. Für die Verständigung einzutreten, ist ebenfalls Aufgabe der Arbeiterfrage.

Das Wirtschaftssystem des Kapitalismus

Von Dr. Walter Küpper.

III.

Die Uebermittlung der Produktion an den Verbraucher ist die Aufgabe des Transports. So führt von der Entwicklung der Industrie ein zweiter Weg zur Entwicklung des Transportwesens, zum Straßen-, Eisenbahn-, Fluß- und Seetransport. Der Landtransport wirkt sich seinerseits aus auf den Wege-, Straßen-, Chausseebau und Brückenbau, auf den Wagenbau und das moderne Transportmittel, den Automobilbau; das Eisenbahnwesen auf den Kohlenbergbau, die Hüttenindustrie, Maschinenindustrie usw.; der Wassertransport auf den Schiffsbau, den Wasserbau usw., so bei steigendem Entwicklungsgrad nicht nur eine bedeutende Rolle beim Güter-

verkehr spielend, sondern auch an und für sich eine nicht zu unterschätzende Wechselwirkung auf die Entwicklung der Industrie nehmend. In Deutschland hat sich, um ein Beispiel zu geben, das Eisenbahnnetz von 18,5 Millionen Km. im Jahre 1879 auf 40,2 Millionen Km. im Jahre 1909 ausgedehnt. Man denke, welchen Einfluß diese Entwicklung auf die am Eisenbahnbau beteiligten Industrien ausgeübt haben muß! Weithin liegen die Verhältnisse im Nachkriegswesen und ihren Wechselwirkungen auf die mit ihm verbundenen Industrien. (Elektrotechnische Industrie!)

Je ausgedehnter der Absatzkreis der Produktion und je allgemeiner der internationale Warenaustausch wird, desto anwachsender werden aber auch die Bedürfnisse der Menschen. Neben dem vermehrten Gebrauch von Genussgütern, Kleidung, wachsende Ansprüche an die Wohnung usw. tritt die Gewöhnung an die Befriedigung immer weniger dringenden Bedürfnisse, jene, je näher sie dem Rahmen leichter Erfüllung liegen, bei steigender Entwicklung um so zahlreicher in den Kreis seiner dringenden Bedürfnisse ziehend. Hier sei hingewiesen auf die Rolle, welche sich die Sprechapparate, die Lichtspieltheater, Vergnügungsparks, Cafés, Hausmusik, Radioempfang — bei der Bedürfnisbefriedigung des modernen Menschen erobert haben und wie große Industrien aus dem Anwachsen dieser Bedürfnisse entstanden sind. Lichtspielindustrie, Radioindustrie! Diese Entwicklung beginnt unter normalen Verhältnissen durch die Erzielung großer Gewinne bei den beteiligten Faktoren die Anammlung großer und kleiner Vermögen, so daß die industriell regen Völker immer reicher werden. Wachsender Reichtum schafft wieder neue Bedürfnisse und bringt sie dem Zustand entgegen, wo die Bedürfnisbefriedigung nach Luxusgütern greift. Die Befriedigung des Luxus bedeutet aber, sobald sie eine bestimmte Grenze überschreitet, eine Gefahr für die Volkswirtschaft, und zwar insofern, als die allgemeinen Bedürfnisse allmählich auf ein Niveau heraufgeschraubt werden, welches allzu leicht nicht dem Grad der nationalen Arbeit entspricht. Die Völker des Altertums sind zu ihrem großen Teil an ihrem Luxusbedürfnis zu Grunde gegangen. Wie sehr wir heute daran krankten, zeigt unsere Handelsbilanz. Steuern u. d. d. d. sind wirksame Mittel, der Gefahr zu begegnen.

Es wäre jedoch verfehlt, nur die Nachteile aufzuführen, welche sich aus dem wachsenden Reichtum der industriellen Völker ergeben. Neben der Anammlung von Sachgütern findet noch eine solche einer zweiten Art statt, und das sind die Kulturgüter. Nur die blühende Volkswirtschaft kann eine Anammlung solcher hervorbringen. Und hier liegt die Lichtseite des Kapitalismus, denn die Ueberflüsse, die er erzielt, erlauben die Förderung kultureller Errungenschaften und ihre allgemeine Zugänglichkeit. Sei es als Kunst in Form von Galerien, Museen, Bibliotheken, Sammlungen, Theatern, als Wissenschaft in Form von Schulen, Hochschulen, Bibliotheken

usw. Je allgemein zugänglicher und zahlreicher diese Kulturstätten werden, um so mehr heben sie das Volksniveau, gestatten sie einen Ausgleich zu der täglichen Arbeit; machen planmäßige Forschung und wissenschaftliche Arbeiten zu Hauptstützen des Fortschritts, neue Wege zur Verbesserung des Volkslebens suchend und findend. — Aber das ganze Leben hat den Stempel dauernder Unbeständigkeit, aufgedrückt bekommen. Die fortgesetzten Schwankungen im internationalen Bedarf führen zu wechselndem Arbeitsbedarf, zu Hoch- und Tiefkonjunktoren. Diese aber üben einen Druck auf die Nachfrage nach Arbeitskräften und den Beschäftigungsgrad der Industrien aus. Sinkende Konjunktur schafft sinkende Löhne und Arbeitslosigkeit, abgesehen von den regelmäßigen Abschlüssen in den ersten zwei Monaten nach Weihnachten, vor der Ernte und bei einsetzendem Frost. Die hieraus entstehenden Folgen auf dem Arbeitsmarkt haben zu einem Ausgleich im gewerkschaftlichen Unternehmensewesen geführt. Trotzdem bleibt die Unsicherheit und Unstetigkeit als charakteristisches Merkmal unserer Wirtschaftsordnung bestehen. Weithin der Unstetigkeit auf dem Arbeitsmarkt ist die tiefe der Einkommensgröße in den vier Gruppen: Grundrente, Kapitalgewinn, Unternehmergewinn und Arbeitslohn. Mit diesem Moment werden wir uns an anderer Stelle noch einmal auseinanderzusetzen haben.

Je weiter aber die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung, die Ausflucht und deren Auswüchse fortschreiten, desto schärfer werden auch die Gegensätze zwischen den verschiedenen Völkern, sowie innerhalb der Gesellschaft selbst. Die Kriege verlieren ihren religiösen und herrschaftspolitischen (dynastischen) Charakter und werden zum Ausdruck des Strebens nach Eroberung neuer Absatzmärkte und Landgebiete zur Unterbringung in Mutterland überzähligen Bevölkerungszuwachses. Die Gesellschaft organisiert sich in Klassen und Klassen mit Gegensätzen und Kampf. An die Stelle der Isolierung des einzelnen treten die Organisationen. In der Wirtschaft auf der Unternehmenseite die Kartelle, Syndikate, Trusts, auf der Arbeiterseite die Gewerkschaften, auf der Verbraucherseite deren Organisationen. In der Politik die Parteien. So treiben die verschiedenen Weltanschauungen in dauerndem Zusammenprall, in dem Zwang, Zugeständnisse zu machen, die Entwicklung der Menschheit in lebhaftem Pulsieren vorwärts. Welchen Weg diese eingeschlagen hat, haben wir gesehen. Es ist der Weg zur Weltwirtschaft, der nächsten Stufe Jahrtausende umspannender Entwicklung. Mögen auch in unserer letzten Zeit willkürliche Eingriffe einzelner Politiker in diesen Weltentwicklungsprozeß eingreifen versuchen, aufhalten können sie ihn nicht. Die Entwicklung wird über dieses Unterfangen hinweggehen, denn sie ist Naturgesetz. So gilt ganz besonders für den heutigen Stand unserer Wirtschaftskrise die tiefe Wahrheit des alten Spruchs: „Nicht mit uns hat die Welt begonnen, nicht mit uns wird sie enden!“

Warum

Jammerst du über die Angriffe des Unternehmertums, wenn du deinem Verband die Kraft entziehst? Wenn du deine Beiträge in der richtigen Klasse bezahlst, könntest du der Reaktion viel größeren Widerstand leisten.

Die so wenig schön sind, obwohl sie Geld und Mittel hätten, um sich schönere zu bauen. Sie verlangen nicht danach, die vielen Menschen, oder ihr Verlangen hat sich noch nicht zu einem großen einheitlichen Handeln zusammenfinden können. Hier sind die Löhne so hoch, daß es nicht mehr nötig wäre, das Geldinkommen durch weiteren technischen Fortschritt noch mehr zu steigern. Hier wäre der Augenblick gekommen, jedes Mehr auf Verschönerung der Städte und der Gegend, vor allem aber auf die Reinhaltung der Luft, zu verwenden.

Vielleicht hat man sich zu sehr daran gewöhnt, allen Fortschritt am Gelde zu messen, so daß man sich nur schwer zum allgemeinen „Kaufverbot“ für die Industrie entschließen könnte. Und dennoch ist kein Grund, an einem Schönen- und Gesunderwerden der Industriewelt zu verzweifeln. Bedenken wir doch, wie unendlich jung unser kaum hundert Jahre altes Industriezeitalter gegenüber den voraufgegangenen vieltausendjährigen Zeitepochen noch ist, und wie vieles in den letzten Jahrzehnten an kürzerer Arbeitszeit und gesundheitlich besseren Zuständen schon erreicht worden ist! Noch nie, solange die Erde steht, auch nicht in den Urwäldern Germaniens, war die Sterblichkeitsquote geringer als in unserem gegenwärtigen „ungefunden“ Zeitalter der Industrie.

Wir wissen wohl, daß da außer Sonne und Luft und Heilmilch noch andere ungehörte Probleme moderner Industrieentwicklung bleiben. Verbringt doch der arbeitende Industriemensch den größten Teil seiner wachen Lebenszeit in der Fabrik, bei einer Arbeit, die sich immer mehr spezialisiert, die immer mehr den Sinn der Berufsarbeit verliert! Und doch scheinen mir das vornehmlich nur Jugendbeschwerden unseres jungen technischen Zeitalters zu sein. Die Richtung der technischen Entwicklung führt weg von der „maschinennartigen“ Handarbeit; denn — wir schon die Bezeichnung andeutet — kann jede maschinennartige geistlose Arbeit schließlich auch durch eine Maschine ersetzt werden. Was heute noch an solcher maschineller Handarbeit, „Bedienung“ sichtbar ist, das sind Läden, die aus Mangel an Kapital, oder mit anderen Worten: weil die Handarbeit an solchen Stellen bis jetzt noch billiger bzw. rentabler ist, noch nicht durch Maschinen ausgefüllt wurden. Bei meinen zahlreichen Besichtigungen ist mir das „Leerenwerden“ der Fabriksäle von arbeitenden Menschen und der Ersatz maschineller Handarbeit durch Aufsicht über die Maschine vielfach aufgefallen.

Man stellt sich auch die „Mechanisierung“ der Arbeitskraft bei Ford viel zu extrem vor. Was bei Ford mechanisiert ist, das ist die Herstellung der Autos, die fast ganz durch Maschinen geschieht. Höchst überrascht war ich aber, als ich sah, daß die Arbeit am vielberichtigten Montageband nicht aus einer einzigen Hebelbewegung besteht, wie ich es mir phantastisch ausgemalt hatte, sondern aus Dutzenden verschiedener Handgriffe und Bewegungen des einzelnen Arbeiters. Auch das Tempo ist gar nicht so mörderisch. Nicht drei oder vier, sondern Hunderte von Arbeitern hatten Zeit genug, um den Besuchern nachzuschauen, die durch das Werk geführt wurden. Wo auf der einen Seite z. B. die fertigen Räder liegen und links der zu montierende Wagen langsam vorbeifährt, an der der Mann am Band das Rad anzuschrauben hat, werden Tag für Tag Hunderte von Leuten hindurchgeführt, so daß der Arbeiter sehr oft gefährt ist und warten muß, bis die Leute vorbei sind. Wenn trotzdem der Montagegang nicht gefordert wird, ist das ein Beweis dafür, daß es sich bei Ford nicht um eine selbstenweise abgeleitete Arbeit handelt, wie sie in manchen Stoppuhr-Taylor-Betrieben vorzukommen pflegt. Das Beispiel Ford lehrt, wie aus der Technik allein, so viel herauszuholen ist, daß es sich gar nicht mehr lohnt, den kleinen Rest von Handarbeit mit Zeitarbeit und einem großen Taylor-Aufsichtstab von Beamten auch noch auszufüllen zu „technisieren“. Das Idealbild der Arbeitsform in der technischen Rohindustrie künftiger Zeit wird sein: auf der einen Seite die Arbeiter, die den gewaltigen Part an Spezialmaschinen aufbauen, montieren und instandhalten; auf der anderen Seite die Arbeiter, welche die tausenden Maschinen bedienend und wegen der Kompliziertheit der Maschinen fast lauter kleine Ingenieure sein müssen, die nach und nach in eine Vertrauensverhältnis zu „ihrer“ Maschine kommen, wie man es heute schon bei den Lokomotivführern beobachten kann. So wird das Problem der monotonen Fabrikarbeit in Zukunft durch den technischen Fortschritt selber in zunehmendem Maße gelöst werden.
Edm. Kleinschnitt.

Verbandsgebiet

Menden. Die am Sonntag, den 10. August 1925 von der Ortsverwaltung Menden des Christlichen Metallarbeiterverbandes stattgefundene Mitgliederversammlung war sehr gut besucht und verlief äußerst anregend. Gewerkschaftssekretär Steinacker sprach zunächst über „Arbeitslosigkeit und Wirtschaft“, wobei er folgendes besonders hervorhob: Auch heute stehen sich in der Wirtschaft noch zwei Welten gegenüber. Auf der einen Seite sind es die Anhänger der liberalen Wirtschaft, die möglichste Kostensenkung von der staatlichen Organisation fordern und auf der anderen Seite sind es die Anhänger des Prinzips der sozialen Fürsorge des Staates und der Erhaltung der nationalen Kultur.

Zur ersten Gruppe stehen im allgemeinen Industrie und Handel, hingegen zu zweiten Gruppe die Lohn- und Gehaltsempfänger. In der ersten Gruppe verlor sich das Herrenmenschtum und auf der anderen Seite die soziale Gerechtigkeit. In diesem Kampfe handelt es sich nicht allein und ausschließlich darum, wieviel der Arbeiter verdient und wie lange er arbeitet, sondern es handelt sich um viel mehr, es handelt sich um die Anerkennung des Menschen: „Arbeiter“, es handelt sich darum, den Arbeiter nicht nur rein menschlich, rein rechnerisch zu bewerten, sondern festlich, als Geschöpf Gottes, als gleichberechtigt.

„Ist es nicht die Arbeiterschaft mit, die Werte schafft? Ja, beruht nicht auf dem Fleiße der Arbeiterschaft zuletzt der Wohlstand des Volkes? Ganz gewiß, und deshalb ist es auch ungerecht, dem Arbeiter nur Lohn, und zwar geringen Lohn zu zahlen; ihn möglichst lange arbeiten zu lassen ohne ihm aber die Möglichkeit zu geben, sich einen Einblick zu verschaffen über Wirtschaftslage, Produktionsmöglichkeiten, Absatz, Gewinn usw.“

„Wer kann es dem Arbeiter in Arbeitskraft solcher Leistungen verschaffen, wenn er glaubt, er würde vom Arbeitgeber überfordert und infolge dessen jedes Vertrauen zu ihm verliert?“

Die christliche Gewerkschaftsbewegung als einzige Arbeiterinteressenvertretung auf christlich-nationaler Grundlage verlangt bessere Arbeitsbedingungen auf christlich-nationaler Grundlage verlangt deshalb auf Grund ihrer heilig-sittlichen Verpflichtung für die Arbeiterschaft, daß sie:

1. christlich-sittlich, d. h. als Menschen angesehen und behandelt wird;
2. daß sie vom Unternehmertum Einsicht erhält in alle Fragen, die die Wirtschaft, Produktion, Güterverteilung und der Gewinnverteilung angeht;
3. daß sie mitbeteiligt wird an der Wirtschaft und deren Erfolge;
4. daß sie so infolge ihrer Stellung und Verdienste an dem Wohlergehen der Wirtschaft vollkommen gleichberechtigt gegenüber dem Arbeitgeber wird.

Die Auffassung, die heute noch vielfach unter Arbeitern verbreitet ist: „Habe ich einen guten Lohn und eine schöne Arbeit, dann brauche ich keine Organisation“, ist so kurzfristig, daß man nicht weiß, was man dazu sagen soll. Diese Stellungnahme ist aber auch für die Arbeiterschaft ebenso verhängnisvoll, so daß man immer wieder betonen muß, die Arbeiterschaft wird solange von oben herunter angesehen und auch danach behandelt, solange sie nicht nur ihren Lohn und ihre Arbeit sieht, sondern das große Ziel, welches ich darlegte. Will sie das erreichen, dann muß sie sich geschlossen den christlichen Gewerkschaften anschließen. Die Gewerkschaftsbewegung ist von dem einen Gedanken beseelt, dem vierten Stand, der Arbeiterschaft, dem am meisten bedrückten Volksteil, zu helfen. Sie ist dabei auf ihre eigene Kraft angewiesen. Bei den übrigen Ständen findet sie fast keine Unterstützung. Ueber das Mittel, welches vielfach andere Stände den Arbeitern entgegenbringen, weiß sie wissen, daß es dem Arbeiter schlecht geht, kommen die übrigen Stände vielfach nicht hinaus. An eine aktive Mitarbeit zur Hebung des Arbeiterstandes ist da nicht zu denken.

Die Behauptung, unsere Wirtschaftslage sei nicht gut, wird von niemandem bestritten; daraus aber die Schlußfolgerung zu ziehen, die „hohen Löhne“ lägen zu sehr auf unserer Industrie und diese könne höhere Löhne nicht mehr zahlen und die Arbeiterschaft müsse noch länger arbeiten, ist falsch.

Es ist nach meinem Empfinden ungerecht, daß man jetzt wiederum dazu übergeht, Arbeiter zu entlassen. Es ist das aber auch undankbar gegenüber der Arbeiterschaft. Es konnte sogar festgestellt

werden, daß Unternehmer Arbeiter entlassen, zur selben Zeit aber Arbeiterinnen einstellen. Will sich die Arbeiterschaft gegen solche Willkürakte, denn anders kann man das nicht bezeichnen, der Unternehmer schützen, dann muß für sie ein für allemal die Parole gelten: „Sine in den Christlichen Metallarbeiterverband!“

Die anschließende Ansprache war sehr rege und erfolgreich. Nachdem die Wahlen zum Verbandsauschuß, zur Generalversammlung und zum Kartell getätigt waren, wurde folgende, aus der Versammlung vorgebrachte Entschließung ohne Widerspruch angenommen:

Die heutige, gut besuchte Mitgliederversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes erkennt, daß zur Zeit die Wirtschaftslage nicht günstig ist, weshalb auch die Kündigung des Lohnabkommens unüberlegt. Die Versammlung stellt aber ausdrücklich fest, daß der Lohn, der gezahlt wird, längst nicht als hinreichend bezeichnet werden kann und daß alles getan werden muß, um der Arbeiterschaft zu helfen. Die Arbeiterschaft unseres Bezirks hat auch um so mehr ein Unrecht auf einen der Zeit entsprechenden Lohn, weil die Produktion gegenüber der Vorkriegszeit gewaltig gestiegen ist, sich sogar zum Teil verdoppelt, und zwar meistens ohne neue technische Verbesserungen. Es muß und kann mehr Lohn auch heute gezahlt werden. Daß die Unternehmer trotzdem jetzt, wo die Wirtschaftslage etwas ungünstiger wird, sofort schon Arbeiter entläßt, ist im höchsten Maße ungerecht. Die Arbeiterschaft wird daraus ihre Schlußfolgerung ziehen müssen für jetzt und auch für die Zukunft. Die Versammlung vertritt deshalb den Christlichen Metallarbeiterverband mit aller Macht zu unterstützen, damit er in die Lage kommt, solche Ungerechtigkeiten aufs allerhöchste zu begegnen.

Metallarbeiter, schützt, stärkt und arbeitet für den Christlichen Metallarbeiterverband!

Bekanntmachung

Am Sonntag, dem 30. August, ist der 36. Wochenbeitrag fällig.

Kartelle - Syndikate - Trusts

II.

r. Die Interessengemeinschaft dieser Beispiele ist jedoch nur ein Spezialfall verschiedener Möglichkeiten. Hier vereinigen sich zwei Werte zur besseren Ausnutzung ihrer gegebenen Möglichkeiten und erstrecken sich gegenseitig, sich gleichsam zu einer Großorganisation aufbauend. Ganz ähnlich bei der Fusion, nur daß hier beide Unternehmungen auch formell in einander übergehen. Nicht immer aber ist es angebracht, sich zu fusionieren, und man zieht dann die Interessengemeinschaft vor. Entweder, daß man in einer Unternehmung die Aktienmehrheit gewinnt und dadurch entscheidenden Einfluß durch die Generatordirektion der Aktienäre auf den Gang der Unternehmung erzielt. 3. B. eine Papierfabrik verleiht sich durch Ankauf die Stimmenmehrheit bei einer Druckerei und sichert sich dadurch den Absatz, oder ein Eisenwerk erwirbt die Majorität eines Konkurrenten und lenkt dadurch den Absatz desselben in ihm ungefährliehe Bahnen. Auch sind solche Interessengemeinschaften vorhanden bei welchen eine Unternehmung unter anderer Firma eine Neugründung vornimmt und nicht selbst genannt sein will die neue Unternehmung aber durch Aktienbesitz in ihrer Abhängigkeit behält. Bereiten sich mehrere Unternehmen gleichzeitig an einem Dritten, so spricht man von Kompartitionsbeteiligungen, z. B. wenn eine Schiffahrtsunternehmung und ein Eisenerz zusammen ein Kohlenbergwerk belegen. Pachtungsrechte schaffen sind vorhanden, wenn eine Unternehmung den Betrieb für eine andere führt, Versicherungsgemeinschaften, wenn bei gegenseitiger Kapitalbeteiligung zwei Unternehmungen einander vertragliche Waren oder Kraft liefern.

Unter dem Einfluß der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung sind diese Organisationen immer größer geworden, sich zu großen Zusammenschlüssen mehrerer Unternehmungen — Konzerne — erweitert. Man kann auch hier, wo Ri-fenbetriebe und Größtorganisationen entstanden sind, deutlich zwei Richtungen unterscheiden: Die Zusammenfassung von Unternehmungen einer Produktionsstufe z. B. Gießereien mit Gießereien zusammengefaßt zu einem Großkonzern durch Interessengemeinschaft, oder die Zusammenfassung solcher neu entstandenen Interessengemeinschaften oder Fusionen mit Unternehmungen anderer zugehöriger Produktionsstufen, also: Mehrere Hochofenbetriebe mit mehreren Stahlwerken, mit mehreren Walzwerken, mit mehreren Eisenhandelsfirmen, mit mehreren städtischen Kleinverkaufsstellen usw. Im ersten Falle sprechen wir von Horizontalgliederung im zweiten von Kapitalgliederung. Die Horizontalgliederung erlaubt: Gemeinsamen Bezug, Absatz, verteilte Produktionsart, je nach der besten betrieblichen Möglichkeit, gemeinsame Lagerhaltung, Transportkostensparnis, Ausschaltung gegenseitiger Konkurrenz und billigere Herstellungskosten bei planmäßiger Organisation der Erzeugung des Einkaufs und des Absatzes. Die Vertikalgliederung gestattet: Herstellung von der Produktion bis zum Fertigfabrikat, Handel und Absatz bis zum letzten Käufer, zusammengefaßt in eine Unternehmung. Diese Kombination finden wir in den großen deutschen Konzernen und in den amerikanischen Trusts. Sie sind die Gegenpole zu den Kartellen und werden sicher einmal deren gesunde Konkurrenz.

Vielleicht werden sie die Kartelle der im Laufe der Entwicklung durchschlagen und als Monopolorganisationen den Markt erobern, wie es in Amerika dem Petroleum-, Eisen-, Stahl- usw. Trust gelungen ist. Je größer die Organisation ist, desto mehr nähert sie sich der Monopolstellung. So in Deutschland der Roh-eisenverband, das Kalifundit, die A. E. G., Siemens & Halske usw. Damit verbunden sind sicherlich große Vorteile und Nachteile. Gewiß ist, daß auf diesem Wege die größtmögliche Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten gegeben ist, aber ist einmal die Monopolstellung erreicht, so liegt auch die Preispolitik in nur wenigen Händen, und durch die Beherrschung des Marktes kann der Konzern oder Trust der Wirtschaft seine Preise aufzwingen, ohne, daß jene sich mit Erfolg dagegen wehren könnte. Aus diesen und anderen Gründen hat in Amerika eine scharfe Befehdung gegen die Trusts eingesetzt, und wurde mancher derselben staatlich aufgelöst. Praktisch jedoch ohne Erfolg.

denn die Abtriebsbeweglichkeit erlaubt manche Verschleierungen, die das Gesetz nicht erlassen kann. Wie sich nun solch ein Trust praktisch aufbaut und auswirkt, das soll abschließend an dem Beispiel des westumspannenden Petroleum-Trusts „Standard Oil Company“ darzustellen versucht werden.

Als in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts das amerikanische Petroleum zum Gegenstand eines weit verzweigten Handels wurde, und große Betriebe zu seiner Raffination aufgefunden waren, entstand auf der normalen Kartellgrundlage ein amerikanisches Petroleumsyndikat. Unter dem Namen „South Improvement Company“ schlossen sich 1872 alle Raffinerien von Cleveland, Pittsborough und Pennsylvania zusammen und verdrängten ihre Konkurrenten durch Verträge mit Eisenbahngesellschaften, wonach diese jenem Verband Vorratsspreise bewilligte, der Verband dafür jenen den Transport seiner gesamten Produktion übertrug. Die Eisenbahnen verpflichteten sich ihrerseits den Mehrerlös aus dem Transport nicht nur dem Verbands, sondern auch beliebig anderen Gesellschaften gehörenden Petroleumums über die vereinbarten Preise hinaus zu zahlen. Der Verband brauchte überdies für den Transport einer Tonne Petroleum nur 4 Cent zu bezahlen, während die Konkurrenten 1 Dollar 50 Cent zahlen mußten, wobei die Differenz von 1 Dollar 6 Cent nicht der Eisenbahn, sondern der Standard Oil zuflossen. Mit diesen ersten Maßnahmen hat der Verband rasch seine Konkurrenz verdrängt und hatte bereits 1875 das ganze Raffineriegeschäft in seinen Händen. Bevor er dieses erreichen konnte, mußte er über 70 Raffinerien zum Teil ankaufen, pachten, oder durch Bankrott aus dem Wege schaffen. Nun lag der Weg frei, und so konnte die technische Vervollkommenheit einfließen. New York, Philadelphia, Baltimore, Buffalo, Pittsborough, Cleveland und Chicago wurden durch ein Netz von Rohrleitungen miteinander verbunden, welchem sich wieder ein System von Nebenröhren anschloß, das die Städte mit den Petroleumfeldern verbinden sollte. Tausende Tanks wurden zur Aufbewahrung überschüssigen Petroleum errichtet, die Herstellung von Fässern und Kanonen für den Transport in den eigenen Betrieben brachte eine bedeutende Kostenersparnis. Im Jahre 1881 haben von 15 Petroleumgesellschaften ihre Unternehmungen zu einem Konkurrenztrust organisiert. Drei Jahre später trat diese „Kanadische Tidewater Comp.“ in den Standard Oil ein und seitdem beherrschte dieser Trust nicht nur den amerikanischen Markt, sondern erstreckte seine Kontrolle auf den Absatz von Rohöl und Petroleum selbst auf den entlegensten europäischen Märkten.

Wie sich in Erweiterung dieser Art Trust die deutsche Konzernbildung entwickelt hat, so in der nächsten Unterjochung, welcher der Stinneskonzern zu Grunde gelegt werden soll, eingehend beleuchtet werden.

Die Arbeit für den Verband

muß nicht nur Ehrensache jedes christlichen Metallarbeiters sein, sie ist auch ein Gebot der Klugheit und ein Akt vorausschauender Weitsicht. Jeder überzeugte und kluge christliche Metallarbeiter stellt deshalb seinen Mann in der Hausagitation.